

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Seefeld MdEP schildert, wie ein FDP-Abgeordneter den Präsidenten des Europäischen Parlaments angreift: Präsident oder Führer?

Seite 1

Gerd Walter MdEP spricht sich für ein lückenloses Meldeverfahren giftiger Chemikalien aus: Die Sozialistische EP-Fraktion drängt auf Sofortmaßnahmen.

Seite 2

Peter Glotz MdB zur Verleihung des 1. Fritz-Sänger-Preises an Franca Magnani: Den Enkeln Adenauers wehren.

Seite 3

Dokumentation I

Franca Magnanis Erwiderung auf die Verleihung des Fritz-Sänger-Preises.

Seite 5

Dokumentation II

Auszüge aus der Eröffnungsansprache Willy Brandts beim SI-Kongreß in Albuquerque: Den Herausforderungen der Zeit stellen. (Fortsetzung und Schluß)

Seite 7

38. Jahrgang / 67

8. April 1993

Präsident oder Führer?

Ein FDP-Abgeordneter greift EP-Präsident Dankert an

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Seine Reverenz vor der seit Jahr und Tag faktisch bestehenden Koalition zwischen Liberalen und Christdemokraten hat der FDP-Europaabgeordnete Ulrich Inner jetzt mit einem Angriff auf den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pieter Dankert, der zur Sozialistischen Fraktion gehört, erwiesen. Sein Vorwurf ist haltlos und politisch dumm. Er läßt Zweifel an der liberalen Einstellung Inners aufkommen.

Über die - eigentlich überparteiliche - Europa-Union lancierte der smarte Liberale am Donnerstag seinen Angriff gegen Dankert, weil dieser "in verschiedenen Reden die EG-Kommission in Brüssel angreife und ihre Absetzung wegen Unfähigkeit androhe, dabei aber das Europäische Parlament nicht zu mehr Aktivitäten führe".

Inner, der offenbar noch immer nicht verwunden hat, daß sein Traum-Koalitionspartner Egon Klepsch nicht zum EP-Präsidenten gewählt wurde, sollte in sich gehen. Der Präsident eines Parlamentes sollte auch aus neo-liberaler Sicht erster unter gleichen sein. Er kann und soll Anstöße für die parlamentarische und politische Arbeit geben.

Das macht Pieter Dankert auch vorbildlich; das sollen aber auch die übrigen Mitglieder des Hohen Hauses. Aber "führen", nein, führen soll ein Parlamentspräsident nun wirklich nicht. Denn die Abgeordneten stellen, um im Bild Inners zu bleiben, nicht die "Gefolgschaft" eines Präsidenten dar.
(-/8.4.1993/ks/ca)

+ + +



Für ein lückenloses Meldeverfahren

Die Sozialistische EP-Fraktion drängt auf Sofortmaßnahmen

Von Gerd Walter MdEP

Stellvertretender Obmann der deutschen Gruppe der
Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament verlangt die dringliche Behandlung des Themas Seveso-Gift in der Straßburger Sitzung des Parlaments in der nächsten Woche. In einem Entwurf für einen Entschließungstext wird die jahrelange Untätigkeit der nationalen Regierungen, des EG-Ministerrats und der EG-Kommission auf dem Gebiet des Transports und der Beseitigung gefährlicher Abfälle scharf kritisiert. Der Ministerrat soll aufgefordert werden, auf seiner nächsten Sitzung sofortwirksame umfassende Maßnahmen zur Erfassung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit gefährlichen Stoffen und Abfällen zu beschließen. Dazu gehört insbesondere eine Auskunftspflicht von Hersteller und Transportfirmen gefährlicher Abfälle und deren Verbleib. Außerdem soll eine EG-Richtlinie zu dem gesamten Thema schnellstmöglich verabschiedet werden. Grundlage ist der Entwurf der EG-Kommission vom Januar diesen Jahres für eine "Richtlinie über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen innerhalb der EG". Darin wird unter anderem ein lückenloses Meldeverfahren gefordert. Das Problem ist unabhängig vom Verbleib des Seveso-Gifts mehr als dringlich.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft fallen jährlich rund 160 Millionen Tonnen Industrieabfälle an; davon gelten 25 bis 30 Millionen Tonnen als toxisch und gefährlich. Nach den vorliegenden Informationen werden etwa zehn Prozent der gefährlichen Abfälle grenzüberschreitend beseitigt. Diese Menge nimmt zu. Gegenwärtig endet die Kontrolle dieser Abfälle an den nationalen Grenzen der Mitgliedsstaaten selbst in den Ländern, die bereits über ein umfassendes Kontrollsystem verfügen. Für die Versenderländer fallen diese Abfälle aus dem Kontrollbereich heraus, sobald sie die nationalen Grenzen überschritten haben.

Aber auch die Länder, in die diese Abfälle verbraucht werden, haben in der Regel keine Kenntnis über die in ihre Länder verbrachten gefährlichen Abfälle und keine ausreichende Kontrolle hierüber, weil diese oft nicht ausreichend beschrieben und gekennzeichnet sind und sehr oft unter verschiedener Klassifizierung laufen.

Besonders gravierend ist die Lage beim Transitverkehr. Nach der derzeitigen Rechtslage können nämlich giftige Abfälle aller Art aus dem Ausland unter Zollverschluss durch die Bundesrepublik rollen, ohne daß die bundesdeutschen Behörden Absender und Inhalt genau kennen oder kontrollieren können. Angesichts dieser Lage kann sich das Problem der Seveso-Abfälle jeden Tag wiederholen. Deshalb muß sich die Bundesregierung endlich zu Sofortmaßnahmen gegen den unkontrollierten Abfall-Transit auf Europas Straßen entschließen. Die Bundesregierung sollte ab sofort die Grenzabfertigung gefährlicher und giftiger Stoffe und von Sondermüll auf einen oder wenige Grenzübergänge konzentrieren, damit eine lückenlose Kontrolle gewährleistet ist. Dieses Verfahren sollte beibehalten werden, bis die jetzt von der EG-Kommission im Entwurf vorgelegte EG-Richtlinie über die "Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft" verhandelt und verabschiedet ist.

(-/8.4.1983/bgy/ca)

+ + +



Den Enkeln Adenauers wehren

Zur Verleihung des ersten Fritz-Sänger-Preises an Franca Magnani

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Verleihung des Fritz-Sänger-Preises an Franca Magnani fand nicht zufällig am 7. April statt. Der 7. April 1959 war der Tag, an dem der Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur auf Druck des damaligen Bundeskanzlers Adenauer geschäftet wurde. Wir alle, unabhängig von unserer politischen Ausrichtung, sollten alles daran tun, daß dieses Datum nicht in Vergessenheit gerät.

Ich rufe in Erinnerung: Fritz Sänger, der in der Zeit der Hitlerei Kontakte zu Wilhelm Leuschner und Julius Leber geknüpft hatte und dem der Widerstandskreis des 20. Juni die Leitung eines deutschen Nachrichtenbüros übertragen wollte, wird nach dem Krieg der erste Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, nachdem er vorher schon, seit 1946 als Gründer, Herausgeber und Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes tätig war. Die bedrückenden Erfahrungen des Nazismus, der alle publizistischen Mittel technisch perfekt auf ein Ziel ausgerichtet hatte, hätten allen beibringen müssen, wie wichtig journalistische Unabhängigkeit für das ist, was da in Deutschland wieder einmal versucht wurde: für Demokratie. Aber es zeigte sich schon bald, daß auch demokratischen Politikern Pressefreiheit als Begriff wirklichkeitsfremd sein kann. 1948 hatte Konrad Adenauer zum ersten Mal seine Forderung öffentlich auf einer Versammlung ausgesprochen, Fritz Sänger als Chefredakteur von dpa abzu berufen. Er wollte, wie er wörtlich sagte, "nicht vom politischen Gegner informiert werden". Wohl gemerkt: Weder Adenauer noch irgend ein anderer konnte Fritz Sänger Einseitigkeit oder gar parteipolitischen Mißbrauch seines Amtes vorwerfen. Das hat auch keiner versucht; Adenauer war bekanntlich ein schnörkelloser Mann - er sagte offen, daß ihm ein Sozialdemokrat an der Spitze der dpa nicht paßte.

Zwar dauerte es noch mehr als ein Jahrzehnt, bis der Aufsichtsrat von dpa sich schließlich seinem Willen beugte und die Zusammenarbeit mit Fritz Sänger als Chefredakteur einzustellen begehrte. Aber dann, vor 24 Jahren, hatte die Macht sich durchgesetzt. Die Zeitung "Christ und Welt" kommentierte: "Christ und Welt steht weit ab von der Sozialdemokratie. Uns aber dünkt es unerträglich, wenn man die Einparteienherrschaft so weit treiben will, daß es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um sich in einer wichtigen Schlüsselposition auch dann nicht halten zu können, wenn sachliche Vorwürfe gar nicht gemacht werden. Die Herren Verleger hätten sich Überlegen müssen, daß dies ungefähr das gleiche ist, was wir Ulbricht und Konsorten vorwerfen."

Ich meide, milder als "Christ und Welt" zur Zeit einer absoluten Mehrheit Konrad Adenauers, den Vergleich mit Ulbricht und das Wort "Konsorten". Aber ich kann mir den Hinweis nicht versagen, daß - und ich formuliere es jetzt so gravitativ wie "Christ und Welt" - es auch heute öfter mal genügt, Sozialdemokrat zu sein, um sich in einer wichtigen Schlüsselposition auch dann nicht halten zu können, wenn sachliche Vorwürfe nicht gemacht werden können. Aber sehen wir von den Sozialdemokraten einmal ganz ab: Wenn der Generalsekretär einer demokratischen Partei wieder Journalisten an den Pranger stellen will und wenn eine ganze Rundfunkratsmehrheit selbst Sendebeträge von Franz Alt in seinem Fernsehmagazin für "nicht sendereif" erklärt, dann zeigt sich, daß es in unserem Land von Enkeln Adenauers nur so wimmelt. Und da wir uns ja in einer Situation befinden, in der viele das als Kompliment empfinden, füge ich hinzu: Nicht jeder, der so autoritär ist wie Adenauer, ist auch so bedeutend oder jedenfalls wirksam wie er. Den Enkeln sei gesagt, daß es in dieser Bundesrepublik viele Menschen gibt, die nicht



dulden werden, daß dieses Land in vordemokratischen Paternalismus zurückfällt. Ich schaue zurück auf die Jahre, in denen wir versucht haben, "mehr Demokratie zu wagen" und gebe ja zu, daß Johann Nestroy Recht hat. Er hat nämlich gesagt: "Das hat der Fortschritt so an sich, daß er viel kleiner ist, als er aussieht." Aber ganz wegweisen lassen wir ihn nicht.

Niemand muß fürchten, daß ich eine laarmoyante Klage darüber anstimmen werde, wie schlecht die Opposition im Alltag des Journalismus behandelt wird. Unsere Parole heißt: Nicht Klagen, sondern sich auseinandersetzen. Es soll bitte niemand glauben, daß die deutsche Sozialdemokraten in schweigsamem Crollen zusehen werden, wie journalistische Fairneß und ein Minimum an Kommunikationsgerechtigkeit kaputtgeschlagen werden. Nur wird unsere Politik nicht darin bestehen, daß wir zeternd fünf Sekunden mehr in der Tagesschau reklamieren, sondern in einer entschlossenen Verteidigung des freien unabhängigen Journalismus. Leitschnur unserer Medienpolitik wird nicht ausschließlich die Vertretung der eigenen Interessenposition sein, so entschlossen wir für diese kämpfen wollen und kämpfen müssen. Die Leitschnur ist die Verteidigung des freien Wortes gegen angemaßte Autorität und gegen das Charisma der Staats-Ämter - wir sind nämlich überzeugt davon, daß Demokraten nur profitieren können, wenn die offene, auch kämpferische Auseinandersetzung kontroverser Positionen möglich bleibt.

Deshalb der Fritz-Sänger-Preis; deshalb seine Verleihung an Franca Magnani. Wir ehren nicht eine Sozialdemokratin, die für sozialdemokratische Werte und Auffassungen gefochten hat - so ehrenswert dieses wäre. Wir ehren eine unabhängige Journalistin, die aus politischen Gründen weggedrängt werden soll. Wir ehren eine ausländische Kollegin, die uns aus ihrer Sicht das Bild ihres Mutterlandes vermittelt hat. Wir ehren eine Persönlichkeit, die sich Unrecht nicht gefallen läßt. Unsere Hoffnung ist, daß sich solche Vorbilder durchsetzen.

Ich habe hier nicht die Medienpolitik der Sozialdemokraten zu begründen. Ich habe auch keine Wenden und Kehren anzukündigen. Aber ich will darauf hinweisen, daß wir mit den neuen Kommunikationstechnologien heute vor einer Maschinisierung der geistigen Arbeit stehen, die sich im Grunde nur mit dem Prozeß der Maschinisierung der körperlichen Arbeit seit Beginn des 19. Jahrhunderts vergleichen läßt. Wenn wir in dieser Situation über die Einführung neuer Technologien nicht eine breite gesellschaftliche Debatte führen, sondern wenn wir - wie bei der Kernenergie - einfach Fakten schaffen, um uns hinterher über die Konflikte und Schlägereien um Brokdorf zu wundern, wären wir dumm und einfallslos.

Die SPD will sich dieser Einfallslosigkeit nicht schuldig machen. Sie wird sich auch nicht einfach auf ihren länglichen und kompetenten Papieren ausruhen. Unsere Position bleibt, daß öffentliche Verantwortung für die elektronischen Medien am ehesten Programmqualität garantiert. Aber ich sage auch: Wir haben uns 1960 auf die Westpolitik Adenauers eingestellt; dann werden wir auch noch die Kraft haben, uns auf die Medienpolitik der konservativ-liberalen Koalition einzustellen.

Eins jedenfalls machen wir nicht mit: Sachzwangideologie und die expertokratische Verdummung der Menschen. Das Medienthema bleibt im Zentrum unserer Aufmerksamkeit.

Der Fritz-Sänger-Preis ist ein Stück Medienpolitik - nicht als Interessenvertretung einer Partei, sondern als Parteinahme für das offene Zeitgespräch der Gesellschaft.
(-/8.4.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N I

Franca Magnani, Fritz-Sänger-Preisträgerin des Jahres 1983, hat anlässlich der Verleihung dieser Auszeichnung am Donnerstag die folgende Erwiderung gesprochen:

Bestätigung der Unabhängigkeit meiner bisherigen Arbeit

In meinem Leben habe ich noch nie einen Preis bekommen; ich glaube, nicht einmal in der Schule; da stand die Note im Betragen vermutlich einer möglichen Auszeichnung im Weg. Und nun habe ich den Fritz-Sänger-Preis für mutigen Journalismus empfangen. Ich sage es Ihnen offen: Ich bin sehr verlegen und weiß gar nicht, wie man einer Lobrede erwidert, zumal wenn diese "Laudation" aus der Feder Heinrich Bölls stammt.

Nun, ich habe mich sehr über die Verleihung dieses Preises gefreut; sie hat mich bewegt, ermutigt und sie spornt an. Ich danke Ihnen dafür.

Fritz Sänger, nach dem dieser Preis benannt wurde und in dessen Geist er verliehen wird, war bei seiner journalistischen und bei seiner politischen Arbeit bemüht, über Parteidanken hinaus einen kritischen Journalismus nach allen Richtungen hin zu fördern und seine selbständige Rolle in der politisch organisierten Gesellschaft zu unterstützen. Ich bin also auch "stolz" - auf italienisch würde ich lieber das Wort "orgogliosa" gebrauchen - auf diesen Preis und nehme ihn auch als Bestätigung der Unabhängigkeit meiner bisherigen Arbeit an. Ich sehe darin dankbar eine Geste der Solidarität. Eine Solidarität, die ich schon seit langem in der Öffentlichkeit verspüren durfte, und die sich vom sogenannten Mann auf der Straße bis hin zu den höchsten politischen und kulturellen Kreisen erstreckt. Ich habe seit Jahren Hunderte, Tausende von Unterschriften und Telefonanrufe erhalten, die zum Teil die einfache Frage enthalten: "Wo stecken Sie eigentlich? Warum sieht man und hört man Sie nunmehr so selten im Fernsehen?" Ich glaube, das sollte Anlaß zum Nachdenken sein. Denn, wenn eine so hohe Zahl von Bürgern aufhorcht, spürt und bemerkt, daß - sagen wir - etwas im Gange ist - im Zusammenhang mit einem Journalisten, so zeugt dies doch von einer Wachsamkeit und einer politischen Sensibilität, die uns zuversichtlich stimmen soll. Ich weiß nicht, ich weiß wirklich nicht, ob in Italien so viele Bürger zur Feder oder zum Telefon gegriffen hätten, um ihre Mißstimmung darüber zu bekunden. - Es hätte in einem ähnlichen Fall wie dem meinen, vermutlich einen von der "Intelligentzia" des Landes unterzeichneten Protestbrief gegeben: Vermutlich einen Streik der Journalisten sogar, aber einen landesweiten, über alle sozialen Schichten hinaus sich erstreckenden Protest, wie ich es in meinem Fall erlebt habe - das ist fraglich.

Nachdem die Presse die Nachricht veröffentlicht hatte, daß mir der Fritz-Sänger-Preis verliehen worden war, da fragte mich ein deutscher Kollege in Rom: "Nehmen Sie den Preis an? Es ist doch ein politischer Preis!" Gewiß, der Fritz-Sänger-Preis ist der Preis einer Partei, verliehen an eine, die nicht dazu gehört. Der Preis knüpft sich aber an eine Tradition an, die über den Rahmen einer Partei hinaus geht und all jenen gehört, die für das "andere Deutschland" und "das andere Italien" gekämpft haben, für die Freiheit und die Unabhängigkeit; von den Kommunisten bis zu den Katholiken. - So habe ich nicht die geringsten Bedenken, den Preis freudig anzunehmen.

Nun, Preise werden meistens verliehen, wenn der Erfolg errungen ist oder der Kampf um das Recht gewonnen ist. So weit bin ich noch nicht. Mein Rechtsstreit mit dem Bayerischen Rundfunk, meinem direkten Arbeitgeber, geht weiter; die mich als ARD-Korrespondentin diskriminierende Dienstanweisung - ich sehe sie als solche an - wird nach wie vor aufrechterhalten. Prozesse führt man meistens, weil man hofft, sie zu gewinnen. Für mich war aber nicht dieser Gedanke ausschlaggebend im Zusammenhang mit meiner Klage gegen den Bayerischen Rundfunk. Wichtiger scheint mir, daß die Ideen zirkulieren, daß die Fragen, um die es da geht, öffentlich aufgeworfen werden, daß die Leute davon erfahren.

Die italienische Justiz ist langsam, das weiß jeder. Da geht es nun darum zu warten, die Geduld nicht zu verlieren. Sich weiterhin der Arroganz der Macht zu widersetzen, wann auch immer, wo auch immer. Das heißt auch Respekt haben vor den Lesern, Hörern und Zuschauern. Aber lassen Sie mich es sagen - nicht mit Verbissenheit, nicht mit Bitterkeit, nicht vergrämt; man kann die Pflicht auch mit Heiterkeit erfüllen, ja sogar lachend oder wenigstens lächelnd - mit einer Art moralischer Eleganz. Hauptsache ist: Nicht nachgeben, nicht erlahmen - oder wie es die Italiener nennen: non mollare.

Ist das Mut? Ich weiß es nicht. Ich vermute, in meinem Fall spielt auch jener angeborene, in manchen Fällen so gesunde Hang zum Ungehorsam eine Rolle, der im Herzen vieler Italiener steckt. Zu Normalzeiten wirkt sich dieser Ungehorsam oft negativ aus - der wenig entwickelte Bürgersinn der Italiener ist mit eine Folge davon - aber in Notsituationen ist der Ungehorsam der Italiener heilsam; es ist das, was sie rettet: Sie bleiben dadurch menschlicher und vitaler auch.

Als meine Kinder von der Preisverleihung wegen mutigen Journalismus erfuhren, da meinten sie spöttisch zu mir: "Mamma, jetzt machen sie aus Dir noch eine Jeanne d'Arc oder einen Michael Kohlhaas." Ich konnte sie beruhigen. Der Geist eines Michael Kohlhaas ist den Italiern nicht konform; mehr noch als aus psychologischen Gründen ist diese Geisteshaltung ihnen aus - ich möchte sagen - physiologischen Gründen wesensfremd.

Hartnäckig sein im Nicht-Nachgeben, wenn es um Würde und Unabhängigkeit geht, auch oder gerade, wenn es unbequem ist, das habe ich von Kindsbeinen an gelernt, im politischen Exil, mit meinen Eltern. Die politische Emigration - sie ist eine vorzügliche Schule für zukünftige Journalisten, wenn auch nicht "sic et simpliciter" empfehlenswert - es gibt zum Glück auch andere gute Journalistenschulen.

Mich aber hat jene Schule geprägt, jene Frauen und Männer, die den Weg ins Exil gegangen sind - es waren auch viele Deutsche darunter. Ihnen gebührt eigentlich die Laudatio, Herr Böll.

Die Lehre, die wir Exiliertenkinder daraus gezogen haben ist einfach nie gleichgültig zu bleiben gegenüber einem Unrecht, oder gegenüber dem Versuch die Freiheit einzuschränken, denn sonst macht man sich moralisch mitverantwortlich, wenn nicht gar mitschuldig.

Sie, Heinrich Böll, haben mir die Ehre angetan, zu sagen, daß Fritz Säger und ich, daß wir beide aus dem antifaschistischen Widerstand kämen. Diese Ehre gebührt mir insofern nicht, als ich nicht in erster Person an der Resistenza beteiligt gewesen bin, sondern in den Widerstand hinein geboren, in seinem Geist erzogen wurde.

Aber das 2. Widerstandserlebnis in meinem Leben - kürzer an Jahren, aber nicht weniger grausam - das habe ich bewußt erlebt, bejaht und so weit ich es konnte, unterstützt: Es ist der antistalinistische Widerstand von Valdo Magnani, anfangs der 50er Jahre. Er wurde erst viele Jahre später von der KPI, sozusagen, "rehabilitiert". Ich danke Ihnen Herr Böll, daß Sie ihn erwähnt haben hier.

Ich freue mich über diese Verleihung an einen auch deshalb, weil sie die Vielzahl derjenigen Kollegen unterstützen kann, die weniger bekannt sind, weil sie nicht durch die zufällige Arbeit beim Fernsehen die entsprechend große Publizität genießen. Sie werden allzu sehr vergessen, obwohl ihr Kampf in anderen Bereichen der anderen Massenmedien, oft nicht weniger schwierig ist, und sie zusätzlich oft um ihre soziale Existenz kämpfen müssen. Lassen Sie mich hier meine Verbundenheit mit jenen Kollegen bekräftigen und erlauben Sie mir noch zum Schluß zu sagen, wie sehr es mich freut, daß der Fritz-Säger-Preis für "mutigen Journalismus", der ja zum 1. Mal verliehen wird - einer Frau zugeht. Ich weiß, daß diese Tatsache in der Jury keine Rolle gespielt hat; denn es freut mich sehr, denn Frauen haben es meines Erachtens und fast überall - trotz aller Errungenschaften - nach wie vor schwerer als Männer, um sich beruflich durchzusetzen.

Sie Heinrich Böll, haben unter den Menschen, mit denen ich das Glück hatte, erwachsen zu werden, Sandro Pertini, Pietro Nenni und Ignazio Silone genannt. Es gab noch viele andere - Kommunisten, Liberale, Katholiken, Republikaner; namentlich: Italiener, Deutsche, Spanier - Man könnte sie alle zitieren; ich aber möchte Ihnen hier zum Abschluß einige Zeilen aus dem Roman "Brot und Wein" vorlesen, den Silone im Schweizer Exil geschrieben hat und der darin das Problem der Freiheit anspricht - "Aber wenn es keine Freiheit gibt" - fragte Nunzio. "Die Freiheit ist nicht etwas, das man geschenkt bekommen kann", sagte Pietro. "Man kann auch in einer Diktatur leben, und frei sein, aber unter einer einfachen Bedingung: Es genügt gegen die Diktatur zu kämpfen. Der Mensch, der mit seinem eigenen Kopf denkt, und der sein Herz frei von Korruption hält - er ist frei. Der Mensch, der für das kämpft, was er für richtig hält, er ist frei. Im Gegensatz, man kann im demokratischsten Land der Welt leben, aber wenn man innerlich träge, stumpf, liebedienerisch ist, ist man nicht frei; auch ohne jede gewaltsame Unterdrückung ist man geknechtet. Man darf die eigene Freiheit nicht von den anderen anflehen. Freiheit muß man sich nehmen, ein jeglicher in dem Maße, in dem er es vermag." (-/8.4.1983/ks/ca)

DOKUMENTATION II

Der Präsident der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt MdB, hat am Donnerstag den SI-Kongreß in Albufeira/Portugal unter anderem mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Den Herausforderungen der Zeit stellen

(Fortsetzung und Schluß)

Kulturelle Unterschiedlichkeiten und geistige Vielfalt sind im übrigen ein hohes Gut, das wir nicht abschleifen lassen wollen oder dürfen. Wir dürfen aber auch nicht in kraftraubender Vereinzelung gegen Gewalten antreten, deren Arme lang genug sind, den ganzen Globus zu umfassen - und gegebenenfalls zu zerquetschen. Zu größtmöglicher Einigkeit soll uns unsere eigene Identität führen, dann werden wir stark sein.

Deshalb ist es gut, daß wir uns in wichtigen Bereichen auf gemeinsame Grundüberzeugungen stützen können. Doch es bleibt notwendig, daß wir jede Entscheidung respektieren, die mit Blick auf die besonderen Umstände und Notwendigkeiten eines Landes getroffen wird. Und wir wollen jedem zugestehen, daß er über die Zukunft seines Landes, seiner Region besser urteilen kann als ein noch so wohlmeinender Außenstehender. Hier gibt es also für uns einen klaren Unterschied zwischen hilfreicher Solidarität und jeglicher Form von Einmischung - und sei sie noch so gut gemeint.

Dabei sollten wir nicht nachlassen in dem Bemühen, so viele Gemeinsamkeiten zu entwickeln, wie es nur möglich ist. Und Differenzen, wo es sie gibt, so auszutragen, daß darüber die Gemeinsamkeiten im wesentlichen nicht in den Hintergrund treten.

Von welchen Gemeinsamkeiten spreche ich? Uns verbindet zunächst und vor allem die Überzeugung, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität der Maßstab unserer Politik sein müssen, so sehr es dann darauf ankommt, diese Worte konkret zu füllen. Uns eint der Wille zum Frieden.

Uns verbindet die Überzeugung, daß Heilslehren unterschiedlicher Art schlimme Gefahren heraufbeschwören, weil sie dazu verleiten, das Glück der jetzt Lebenden hintenanzustellen. Also bekämpfen wir ideologische Verblendungen jeder Art.

Uns eint der Glaube, daß konkrete Freiheit für die breiten Schichten unserer Völker nur dann gewährleistet ist, wenn man gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen nicht dem Recht des jeweils Stärkeren überläßt, sondern politisch zu gestalten sucht.

Uns verbindet mithin der Glaube an die Kraft der Demokratie, verstanden nicht nur als staatliches, sondern auch als gesellschaftliches und wirtschaftliches Strukturprinzip.

Uns eint weiter die Überzeugung, daß jeder Mensch - wo er auch leben mag - Freiheitsrechte und Bürgerrechte besitzt, deren Beseitigung oder Beschränkung keine Rechtfertigung kennt.

Uns eint der Wille zu mehr Gerechtigkeit - nicht nur in unseren Gesellschaften, sondern auch im Verhältnis zwischen den Völkern und den Staaten.

Und nie dürfen wir vergessen, was ich hier deshalb noch einmal sage: Daß die Sicherung des Friedens die Voraussetzung ist für alles weitere, worum wir uns bemühen. Ohne das wird alles andere Illusion.

Das dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Und die Orientierungspunkte, von denen ich eben sprach, werden gewiß eine Rolle spielen, wenn die vor einigen Jahren aufgenommenen Bemühungen um eine neu gefaßte Grundsatzerklärung zu einer konkreten Beratungs-



grundlage führen, in der die Grundlagen unserer Arbeit genauer definiert und stärker herausgestellt würden. Die Besinnung auf das Gemeinsame würde uns zusätzlich helfen, die Notwendigkeit - und Fruchtbarkeit - enger, vertrauensvoller Beziehungen als vorrangig zu erkennen und gelegentliche Differenzen als nachgeordnet.

Überwindung der Weltwirtschaftskrise und Sicherung des Weltfriedens - das sind die demonierenden Themen. Mit gleichem Gewicht kommt hinzu, eine weitere große Kraftanstrengung zu unternehmen, um unseren Freunden und Partnern in der Dritten Welt wirksamer zur Seite stehen zu können.

Ich habe von der Notwendigkeit gesprochen, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, damit der ökonomische Schaden gemindert wird, der auf vielen Entwicklungsländern lastet. Nicht minder wichtig wird es sein, politische Sofortmaßnahmen zu ergreifen, wo wir Einfluß geltend machen können, wie dies in den zurückliegenden Jahren erfreulicherweise mehr als einmal möglich war.

Auf Mittelamerika bezogen heißt dies: für El Salvador, Guatemala und Nicaragua eine gesicherte Zukunft schaffen durch eine multilaterale Friedenslösung, die unmittelbare Kriegsgefahren abwendet und auch den Sicherheitsbedürfnissen der Nachbarstaaten - nicht zuletzt Costa Ricas - entspricht.

Das heißt weiter: Über Zentralamerika und die Karibik die großen Länder Südamerikas nicht vergessen, sondern jeden Ansatz zu einer ernsthaften Demokratisierung, wie sie sich etwa in Brasilien - beispielsweise mit großem Erfolg unserer Freunde in Rio de Janeiro - und vielleicht auch in Argentinien abzuzeichnen scheint, nach Kräften fördern.

Das heißt darüberhinaus: Den Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus im südlichen Afrika in seiner Bedeutung erkennen und tätig mitwirken an der Lösung des Namibia-Problems sowie an der Stabilisierung der Frontstaaten, die sich in einer so schweren Auseinandersetzung mit dem dreisten Regime in Südafrika befinden.

Das bedeutet ferner: Im Nahen Osten mitwirken an einer dauerhaften und friedlichen Lösung jenes Konflikts, der die ganze Region seit Jahrzehnten vergiftet.

Das bedeutet nicht zuletzt: In Asien wieder mehr Kooperation entwickeln mit den uns verwandten politischen Kräften. Das Elend in vielen Ländern dieses Kontinents wäre geringer, wenn nicht so oder so geartete Diktaturen unseren Weggenossen dort jede Entfaltungsmöglichkeit nehmen würden.

In welcher Form diese Fortentwicklung unserer Arbeit geschehen soll, ob durch gezielte Initiativen einzelner Parteien oder Regierungen, ob durch Konferenzen, Missionen oder auf andere Weise; darüber sollten wir uns hier in den nächsten Tagen und bei kommenden Gelegenheiten austauschen.

Wir wollen niemanden bevormunden, aber auch niemanden im Zweifel darüber lassen, was unsere eigenen Orientierungen sind, das heißt, was wir unterstützen können und was nicht.

Diese Welt leidet darunter, daß es zu wenige politische Kräfte gibt, die erkennen - und auch danach handeln -, wie sehr heute alle voneinander abhängen, aufeinander angewiesen sind.

Internationalismus, diese alte Tugend der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, ist heute wichtiger denn je.

Richten wir uns danach. Tun wir alles, was in unseren Kräften steht, um den Weg zu weisen in eine gerechtere Welt - möglichst frei von Abhängigkeit und Unterdrückung, von Hunger und Elend.

Ein neues Jahrhundert steht - hoffentlich - bevor und mit ihm vielleicht die Chance für eine neue Zivilisation. Könnten wir nicht heute damit anfangen, einen Grundstein zu legen für jene neue Gemeinschaft, die sich auszeichnen sollte durch möglichst vernünftige Beziehungen zwischen Menschen und Staaten, und eine Welt zu schaffen, in der Frieden herrscht und in der möglichst alle teilhaben an der allgemeinen Wohlfahrt, an Gerechtigkeit, Freiheit und sozialer Sicherheit.

Wir können - gemeinsam - ein lohnendes Ziel erreichen. Darum: machen wir uns - erneut - auf den Weg. Übernehmen wir uns nicht, aber schätzen wir unsere Kraft auch nicht zu gering ein!

(-/8.4.1983/ks/ca)

+ + +